

Kreis Vechta verbietet Protestcamp gegen die Tierindustrie – Bündnis startet Eilverfahren für das Recht auf Versammlungsfreiheit

++ Einladung zur Berichterstattung ++

06.07.2021. Das Bündnis Gemeinsam gegen die Tierindustrie ruft vom 12. bis 17. Juli 2021 zu einem Aktionscamp im Landkreis Vechta auf. Der Landkreis hat die Protestveranstaltung kurz vor dem geplanten Beginn verboten, da sie nicht vom Versammlungsrecht gedeckt sei. Zuvor hatten die Behörden wochenlang eine Bestätigung der angemeldeten Versammlung hinausgezögert und sämtliche Campflächen abgelehnt. Gemeinsam gegen die Tierindustrie wertet dieses Vorgehen als massiven Eingriff in das Grundrecht auf Versammlungsfreiheit. Der Anmelder der Versammlung hat Klage im Eilverfahren beim Verwaltungsgericht Oldenburg eingereicht.

Dazu Franziska Klein vom Bündnis Gemeinsam gegen die Tierindustrie: „Die Versammlungsbehörde des Landkreises Vechta tritt die Demonstrationsfreiheit mit Füßen und versucht die Kritik an der Tierindustrie mit allen Mitteln zu verhindern. Juristisch ist das Verbot völlig unhaltbar.“

Das Protestcamp wurde bereits im Mai als Dauerkundgebung nach dem Niedersächsischen Versammlungsgesetz bei den zuständigen Behörden angezeigt. Geplant ist unter anderem ein umfangreiches Programm, in dem die Teilnehmenden mit Anwohner*innen der Region in Workshops, Vorträgen und Diskussionsveranstaltungen über unterschiedliche Probleme der Tierindustrie diskutieren und gemeinsame Perspektiven zum Ausstieg aus der Tierindustrie entwickeln.

Das Aufschlagen von Veranstaltungszelten sieht der Landkreis aber ebenso wenig von der Versammlungsfreiheit gedeckt wie die Übernachtung der Teilnehmer*innen vor Ort und verbietet die Versammlung nun wenige Tage vor dem geplanten Beginn in Gänze. „Der Landkreis verhindert damit, dass Protest gegen die Klimazerstörung, die ausbeuterischen Arbeitsbedingungen und industrielle Tötung von Tieren im Umfeld von Konzernen wie PHW-Wiesenhof zum Ausdruck gebracht werden kann“, so Franziska Klein weiter.

In der Vergangenheit hat es immer wieder behördliche Versuche gegeben, Klimacamps und ähnliche Protestveranstaltungen zu verhindern – meist erfolglos. Erst am Freitag entschied das Verwaltungsgericht Oldenburg, dass das Protestcamp gegen den Ausbau der A20 in Westerstede samt Veranstaltungs- und Übernachtungszelten vom Versammlungsgesetz gedeckt sei (Az.: 4 B 2325/21).

Diese Versuche der Verhinderung von Protestcamps zeugen laut Franziska Klein davon, dass die betreffenden Behörden zivilgesellschaftliches und basisdemokratisches Engagement systematisch erschweren wollen: „Wir lassen uns von diesen Schikanen nicht einschüchtern und planen weiterhin, ein Camp im Landkreis Vechta abzuhalten. Unsere Versammlungsfreiheit lassen wir uns nicht nehmen. Dass immer wieder politische Bewegungen den Weg über die Gerichte nehmen müssen, um ihre Grundrechte in Anspruch nehmen zu können, ist ein demokratiepolitisches Armutszeugnis!“

Für den Zeitraum 12. bis 17. Juli hat Gemeinsam gegen die Tierindustrie zusätzlich zu dem Protestcamp eine Massenaktion gegen den Geflügelkonzern PHW (Wiesenhof) in Rechterfeld angekündigt. Der Großraum Vechta ist ein Ballungsraum der deutschen Tierindustrie, der von Schlachtkonzernen, Futtermittelwerken, Mastanlagen und Fleischverarbeitungsbetrieben geprägt ist. Allein im Landkreis Vechta leiden über 13 Millionen Tiere in industriellen Zucht- und Mastanlagen.

Pressekontakt: presse@gemeinsam-gegen-die-tierindustrie.org

Tel.: XXX

Links:

<https://gemeinsam-gegen-die-tierindustrie.org/>

<https://twitter.com/GGTierindustrie>

<https://facebook.com/GemeinsamGegenDieTierindustrie/>

<https://www.instagram.com/ggtierindustrie/>

Fotos von vergangenen Aktionen zur freien Verwendung (mit Namensnennung) finden Sie hier:

<https://www.flickr.com/photos/ggtierindustrie/>

Über das Bündnis:

Gemeinsam gegen die Tierindustrie ist ein überregionales Bündnis, das sich im Juli 2019 gegründet hat. Es besteht unter anderem aus Menschen und Gruppen aus der Klimagerechtigkeits- sowie der Tierrechts- und Tierbefreiungsbewegung. Das Bündnis fordert die Abschaffung der Tierindustrie und eine Agrarwende hin zu einer solidarischen und ökologischen Produktions- und Organisationsweise, die nicht auf Kosten anderer erfolgt und nicht am Gewinn orientiert ist.